Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 108. Sonnabend, 11. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die neue Reparationslage.

Innerhalb und außerhalb Deutschlands streitet man sich darüber, ob die Rede, die der deutsche Reichsaußenminister im Verein der ausländischen Presse gehalten hat, mehr Optimismus oder mehr Pessimismus verrate. Bei der Bewertung spielt natürlich die parteipolitische Einstellung, bezw. das besondere Interesse eines Landes die entscheidende Rolle. Ueber die Abrüstungskommission Optimistisches zu sagen, war natürlich unmöglich. Die Ausschaltung der Reserven und des Kriegsmaterials aus den Rüstungsberechnungen machte alle schönen Beschlüsse und Bestimmungen illusorisch. Da konnte auch Dr. Stresemann nur auf den Ernst der Situation hinweisen. Ueberrascht aber hat seine Hoffnung, daß ein positiver Ausgang der Sachverständigenkonferenz in Paris schließlich auch der Abrüstungsfrage einen neuen Schwung geben könnte. Glaubt der deutsche Minister nun wirklich an einen solchen positiven Ausgang? Oder hat er nur den Sachverständigen durch einen Hinweis auf einen solchen Zusammenhang einen besonders kräftigen Ansporn geben wollen? Das Rätselraten hierüber hat wohl ebensowenig Zweck, wie das Rätselraten über den mutmaßlichen Ausgang der Konferenz selbst. Der Zusammenhang aber, den Dr. Stresemann hervorhob, besteht ohne Zweifel. Er hat ihn positiv ausgedrückt. Man würde ihn ebensogut negativ ausdrücken können: ein ergebnisloses Auseinandergehen der Pariser Konferenz würde die Friedenshoffnungen und den Abrüstungswillen der Völker endgültig auf ein Minimum reduzieren.

Die Lage in Paris hat aber inzwischen eine neue Wendung genommen, deren Ausgang noch nicht abzusehen ist. Es kristallisiert sich schließlich aus allen Diskussionen mehr und mehr die Verantwortung Amerikas heraus. Das darf man schon an und für sich als einen Vorteil betrachten, weil jede Klarstellung eines realen Sachverhaltes von Vorteil ist. Man hat in Paris wochenlang um den Kern der Sache herumgeredet, weil man nicht recht wußte, wie sich Amerika zu einer Herabsetzung der Reparationsforderungen und nötigenfalls auch der amerikanischen Forderungen stellen würde. Man wagte auch nicht, die einflußreichen Amerikaner dadurch zu reizen, daß man sie so geradezu fragte, was sie denn ihrerseits für Opfer im Interesse des Friedens und der Wiederherstellung normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen zu bringen bereit seien. Jetzt aber steht Amerika doch vor der Frage, auch ohne daß man eigentlich sagen könnte, wer sie gestellt hat. Es ist durch seine eigene sachliche Mitarbeit an der Konferenz bis an die Stelle geführt worden, wo sich eine Beantwortung dieser heiklen Frage nicht mehr umgehen läßt. Die deutschen Vorbehalte stehen noch im Hintergrund. Sie sind den Gläubigerstaaten offiziell noch nicht mitgeteilt worden. Es würde sich schließlich für sie doch noch irgendeine geeignete und für alle Teile tragbare Formulierung finden lassen. Amerika hat ja auch seinen alliierten Schuldnern gegenüber sich solche Vorbehalte gefallen lassen. Für den Fall, daß der in der Moratoriumklausel vorgesehene Aufschub der Ueberweisungen und der Aufbringung der Zahlungen nicht gleich den gewünschten Erfolg hätte, sollte das Direktorium der zu gründenden Reparationsbank den Regierungen weitere praktische Maßnahmen vorschlagen dürfen. An dieser Frage wird die Sachverständigenkonferenz gewiß nicht scheitern. Sie hat sich schließlich auch heute schon mit der Tatsache abgefunden, daß die deutschen Jahresleistungen über 2 Milliarden Mark jährlich nicht weit hinausgehen können. Die Schwierigkeit liegt jetzt nur bei der Verteilung dieser Summe unter die Gläubiger. In Spaa ist seinerzeit ein Prozentsatz für diese Aufteilung festgesetzt worden. Nun behaupten die Engländer, daß sie von diesem Prozentsatz nicht mehr abgehen können, während Amerika ihnen einen größeren Verzicht zumutet. Die Franzosen weisen darauf hin, daß die Engländer es stillschweigend geduldet hätten, daß doch früher schon von dem festgesetzten Prozentsatz abgewichen wurde. In England aber ist die Aufregung so ungeheuer — wohl auch, weil die Ausführungen Snowdens im Parlament gegen Balfours Reparationsabmachungen noch nachwirken, daß die Regierung schon jetzt in aller Form und Feierlichkeit erklären mußte, sie werde die Youngschen Vorschläge unter keinen Umständen annehmen. Unter den englischen Sachverständigen war die Meinung verbreitet, daß die amerikanischen Delegierten Vollmacht hätten, wenigstens auf einen Teil der amerikanischen Ansprüche aus den Besatzungskosten zu verzichten. Umso größer ist nun die Enttäuschung, daß anscheinend Amerika auch an diesen Verzicht nicht denkt. Die Diskussion spitzt sich infolgedessen auf eine Auseinandersetzung zwischen England und Amerika zu. Um sich Amerikas Gunst zu erhalten, wendet sich Frankreich zunächst gegen England. Die Sprache, die dabei geführt wird, ist auf allen Seiten höchst erbittert. Aber irgendwie wird man sich doch am Ende verständigen müssen. Als den allein Böswilligen kann man Deutschland schon längst nicht mehr hinstellen. Im Grunde genommen hängt alles davon ab, ob, wann und in welchem Ausmaße auch Amerika endlich bereit sein wird, der europäischen Gesamtsituation Rechnung zu tragen und seinerseits an den nötigen Opfern zur Liquidierung des Krieges teilzunehmen. Es gilt, wie Dr. Stresemann richtig sagte, die unseligen Ueberbleibsel des Weltkrieges endgültig aus der Welt zu schaffen. Das geht aber nur, wenn alle am Kriege Beteiligten, also auch Amerika, ihren Anteil an unliebsamen Kriegsfolgen, an Verzichten und Streichungen, auf sich nehmen.

Letzter Appell.

Der Staatsbürgerl. Wahlausschuß, dessen Leitung Staatsminister **Dr. Kaiser** (Deutsche Volkspartei), Verlagsbuchhändler **Dr. Giesecke**, Leipzig (Deutsche Demokratische Partei), Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Gutsbesitzer **Friedrich** (Deutschnationale Volkspartei) übernommen haben, läßt uns folgenden letzten Appell zugehen:

Wenige Stunden vor der Wahl erscheint es uns als Pflicht, nochmals mahnend und warnend die Stimme zu erheben. Wir wenden uns nicht an jene Männer und Frauen, die aus sich heraus ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen werden. **Wir appellieren an jene volle Million Nichtwähler**, die bei der letzten Sachsenwahl zu Hause blieb. Bei einem Teil mag das nicht allein Gleichgültigkeit oder Wahlmüdigkeit gewesen sein; manchem Wähler wird bei der Vielheit der Parteien die Entscheidung so schwer geworden sein, daß er den bequemeren Weg des Verzichtes vorzog.

Demgegenüber sagen wir: Der neue Staat verlangt die Teilnahme und Mitwirkung jedes einzelnen Volksgenossen am Schicksal unseres Landes. Wer Fehler und Mängel beklagt, hat den Stimmzettel als wichtigste Waffe zur Abhilfe.

Jedes Volk hat das Parlament und die Regierung, die es verdient.

Wer sich seiner Verantwortung bewußt ist, stellt sich nicht zweifelnd oder grollend abseits, sondern hilft tatkräftig mit. Der überwiegende Teil der sächsischen Bevölkerung muß — trotz aller kleineren und größeren Nöte, die als Folge des verlorenen Krieges unausbleiblich waren — zugestehen, **die letzten fünf Jahre in Sachsen unter einer Ordnungsregierung gelebt zu haben.** Der 12. Mai kann, wenn der staatsbürgerliche Volksteil auch nur zu einem geringen Prozentsatz versagt, zum gefahrdrohenden Wendepunkt werden.

Die Wähler aller Volksklassen und Volksschichten, aller Erwerbs- und Berufsarten — ohne Unterschied des Geschlechts — haben deshalb die Pflicht, schon in ihrem eigenen Interesse die Wahlmüdigkeit überall zu bekämpfen und einer staatsbürgerlichen Partei, gleichgültig welcher, am 12. Mai ihre Stimme zu geben.

Es gibt nur eine Wahl: Ein rotes Sachsen oder den Ordnungsstaat! Siegt die Wahlfaulheit im Staatsbürgertum, dann wird es am 13. Mai nur ein Erwachen im roten Sachsen geben. Deshalb:

Der letzte Mann, die letzte Frau an die Wahlurne!

Formelle Einigung in Paris.

Die deutschen Vorbehalte werden erörtert.

)(Paris. Die Beratungen zwischen dem Reichsbankpräsidenten **Dr. Schacht** und **Owen Young** nehmen ihren Fortgang. Es darf wohl jetzt als feststehend betrachtet werden, daß die deutschen Bedingungen nicht in Form eines besonderen Memorandums überreicht werden, sondern daß man sich damit begnügt, sie in dem Schlußbericht einzufügen, für den Sir Josuah Stamp den neuen Entwurf ausarbeitet. In diesem Bericht werden zwei wesentliche Teile voneinander zu unterscheiden sein, nämlich die **Vorschläge**, die den beteiligten Regierungen unterbreitet werden sollen und über die volle Einmütigkeit der gesamten Konferenz bestehen muß, und anderseits die „Betrachtungen", in denen die einzelnen Delegationen unabhängig voneinander ihre Ansicht zur Geltung bringen können. Es versteht sich von selbst, daß

die deutschen Vorbehalte,

soweit sie den Transferschutz, den Aufbringungsschutz und die Revision behandeln, zum ersten Teil, also den Vorschlägen, gehören müssen, da sie **für Annahme der Ziffern von ausschlaggebender Bedeutung** sind. Die deutsche Delegation wird sich unter keinen Umständen damit begnügen, die wichtigsten Schutzbestimmungen als eine Art von einseitigem Protest dem Bericht beizufügen, wie es die französische Presse ihr ständig nahelegt. Der Bericht wird mehr als 100 Seiten stark sein, und seine Ausarbeitung nimmt natürlich längere Zeit in Anspruch. Da die Meinungsverschiedenheiten über mehrere wesentliche Punkte unvermindert andauern, kann man auch heute noch nicht sagen, ob es überhaupt möglich sein wird, trotz dem Zugeständnis der individuellen Betrachtungen einen Bericht zustande zu bringen, der die Unterschrift aller Sachverständigen trägt. Die Situation ist nach wie vor ungeklärt, und die Franzosen können sich noch nicht entschließen, den Vorschlag des Vorsitzenden zu beantworten, sei es in positivem oder negativem Sinne.

Ueber die Verteilung, ja sogar über das Prinzip der Berechtigung der Konferenz, eine Neuverteilung vorzunehmen, streiten sich die Gläubiger weiter. Franzosen und Belgier sabotieren grundsätzlich alles, weil sie offensichtlich die Zahlenreihen von Owen Young nicht annehmen wollen, sich aber scheuen, das offen auszusprechen, um damit vor aller Welt die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz zu übernehmen. Deshalb verharren sie auf dem Standpunkt, daß die Konferenz selbst die Verteilung vornehmen müsse. Sie schlagen vor, die Annuitäten zu erhöhen, was von allen anderen Delegationen abgelehnt wird.

Der Pariser Kleinkrieg hinter den Kulissen.

* Paris. (Telunion.) Die **Mitteilungen der französischen Presse über den Verlauf der Sachverständigenarbeit werden immer inhaltsloser und immer problematischer.** Da keinerlei Entscheidungen fallen und alles sich in zermürbendem Kleinkrieg hinter den Kulissen abspielt, bleibt auch den Pariser Blättern nichts anderes übrig, als ihren Aerger, meist über Dr. Schacht, aber manchmal auch über den einen oder den anderen ihrer alliierten Freunde auszuschütten.

Der „**Intransigeant**" trägt ausnahmsweise einen gewissen Optimismus zur Schau, den er auf die Auffassung in den verschiedensten Sachverständigenkreisen stützen zu können glaubt. Der Ausschuß werde zu einem Ende kommen, gleichviel, wie die Vorbehalte Dr. Schachts ausfallen. Die Verhandlungen erstrecken sich gleichzeitig auf die Höhe der deutschen Zahlungen und auf die Vorschläge für den Generalbericht. Die Wahrheit aber sei, daß man Zeit gewinnen wolle, um den berühmten Schlußbericht abzufassen, dessen Unterzeichnung allerdings nach Auffassung der übrigen Presse fraglich sei. Mit aufrichtigem Bedauern stellt das Blatt fest, daß nur Deutschland mit der Entwicklung zufrieden sein könne, da es in Paris zahlreiche Milliarden gewonnen hätte.

Auch **andere Blätter halten es für durchaus möglich**, daß der Einheitsbericht angenommen werden wird und der Ausschuß seine Aufgabe, die deutsche Schuld endgültig festzulegen, damit lösen würde. Für die Verteilung der deutschen Zahlungen nach dem Youngschen Vorschlag würde es sicherlich eine Majorität geben, die im ungünstigsten Falle aus England, den Vereinigten Staaten, Japan und Italien bestehen wird. Auch die Hoffnung auf eine Nachgiebigkeit der Vereinigten Staaten findet sich immer wieder in den Pariser Blättern, obgleich man auch in Paris eingesehen haben müßte, wie vergeblich sie ist.

•

Havas über die Entwicklung der Reparationsbesprechungen.

)(Paris. **Havas berichtet:** Die Sachverständigen der Gläubigermächte sind gestern nachmittag 3 Uhr unter dem Vorsitz von Owen Young zusammengetreten, der seine Kollegen über den Verlauf der Verhandlungen, die er seit Sonnabend mit der deutschen Delegation führt, unterrichtete. **Owen Young hat besonders darauf hingewiesen, daß er sich mit dem Führer der deutschen Delegation über ein Verfahren geeinigt habe, das geeignet sei, es sämtlichen interessierten Delegationen zu gestatten, ohne größeren Zeitverlust die Vorbehalte und Bedingungen, die die deutschen Sachverständigen an die Annahme der letzten von ihm vorgeschlagenen Zahlen knüpften, in ihren Einzelheiten kennen zu lernen.** Zu diesem Zweck wird Dr. Schacht dem Vorsitzenden des Redaktionsausschusses, Sir Josiah Stamp, die Vorbehalte angeben, die er im Namen der deutschen Delegation in dem allgemeinen Bericht über die Arbeiten der Konferenz aufgenommen zu wissen wünscht. Der Führer der deutschen Delegation wird andererseits dem Komitee bekanntgegeben, daß er auf der Grundlage des in dieser Weise abgeänderten allgemeinen Berichts bereit sei, die Zahlen Owen Youngs anzunehmen. Unter diesen Umständen wird der Sachverständigenausschuß, sobald er einmal im Besitz dieser Dokumente ist, sich in erster Linie über die deutschen Vorbehalte auszusprechen haben. Man nimmt an, daß er in der Lage sein wird, mit deren Prüfung am **kommenden Dienstag oder Mittwoch zu beginnen.** Wie aus englischer Quelle verlautet, kommt entgegen den Erwartungen, die die französische Presse geäußert hat, kein Sondermemorandum Dr. Schachts in Frage. Sir Josiah Stamp habe vielmehr den allgemeinen Bericht über die Konferenzarbeiten zusammen mit Dr. Schacht neu bearbeitet und die Gedankengänge Dr. Schachts über die Sicherheiten, die Deutschland im Falle der Annahme der Youngschen Ziffern haben müsse, mit hineingenommen. Dieser Bericht werde voraussichtlich am kommenden Sonntag fertiggestellt sein und dann Dr. Schacht unterbreitet werden.

SLUB
Wir führen Wissen.